

FRAUENPOLITISCHE PERSPEKTIVEN

Deutschland wird im Jahr 2018 das 100-jährige Frauenwahlrecht feiern. Für dieses Recht hatte vor allem die erste Frauenbewegung erfolgreich gekämpft, die sich rund um die Frankfurter Nationalversammlung 1848 in Form erster politischer Frauenvereine zu organisieren begann. Doch nicht nur in Parlamenten wird Politik gemacht. Frauen- und Mädchenrechte werden und wurden sehr oft außerhalb der Parlamente erstritten. Die 68er-Bewegung jährt sich ebenfalls 2018 und somit kann auch auf 50 Jahre zweite Frauenbewegung zurückgeblickt werden.

Ein Tomatenwurf am 13.9.1968 in Frankfurt als Protest gegen das Ignorieren frauenpolitischer Themen innerhalb der Studentenbewegung war das Startsignal für eine neue Welle der Frauenbewegung im Westen Deutschlands. Das Eintreten für politische Rechte und Teilhabe hat in Frankfurts frauenbewegter Geschichte eine lange Tradition.

Wir wollen diese Anlässe nutzen, um öffentlich deutlich zu machen: Dafür kämpften Frauenrechtlerinnen und Feminist*innen vor 100 Jahren? Wie war das vor 50 Jahren? Wofür kämpfen wir heute? Und in Zukunft?

Vor 100 Jahren kämpften Frauen um das Recht auf Bildung, das Recht auf politisches Handeln, das Recht auf zivilrechtliche Gleichberechtigung und das Recht auf eigenständige Erwerbsmöglichkeiten.

Dank des unermüdlichen Engagements der Mütter des Grundgesetzes, insbesondere Elisabeth Selberts, war die Gleichberech-

tigung von Frauen und Männern bereits in den Jahren 1948 / 1949 formal in Artikel 3 des Grundgesetzes verankert worden.

Doch zwischen formaler und realer Gleichberechtigung klaffte noch eine sehr tiefe Lücke: Ungleichheiten zwischen Mann und Frau bestehen in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Bis 1977 waren Frauen laut Gesetz „zur Führung des Haushalts verpflichtet“ und durften nur dann erwerbstätig sein, wenn der Ehemann es erlaubte.

Die Hausfrauenehe wurde erst knapp 10 Jahre nach dem Tomatenwurf abgeschafft und das Scheidungsrecht reformiert.

Die Reform des § 218 war ein Ergebnis der Kämpfe der zweiten deutschen Frauenbewegung. Gewalt gegen Frauen, die Kontrolle über die Gebärfähigkeit, Pornographie und die Vermarktung des weiblichen Körpers in der Werbung wurden öffentlich thematisiert und in Frage gestellt.

Leitmotiv des frauenpolitischen und feministischen Engagements in Deutschland ist seit den 70er Jahren:

„Das Private ist politisch!“

Das Eintreten für Frauenrechte bedeutet immer auch das Eintreten für politische und gesellschaftliche Veränderungen, sei es in autonomen Gruppen oder im Parlament.

In Frankfurt machen Frauen und Mädchen heute Politik auf vielfältige Weise: Politische Auseinandersetzung findet im Klassenraum, am Küchentisch, im Mädchentreff, durch eine Kunstperformance, in der Kommunalen Ausländer*innenvertretung, im Elternbeirat, in der Kneipe, in der Stadterordnetenversammlung, auf der Straße oder auch im digitalen Raum statt. Diese

vielfältigen politischen Auseinandersetzungen möchten wir verstärkt mit Frauen- und Mädchenpolitik verknüpfen und für möglichst viele zugänglich machen. Wichtig ist dabei, dass nicht „über“, sondern mit den Menschen gesprochen wird, um ihre Erfahrungen und Perspektiven zu berücksichtigen. Denn auch wenn mehr als 100.000 ausländische Frankfurter*innen kein Wahlrecht bei den Kommunalwahlen haben, heißt das nicht, dass diese Bürger*innen sich nicht politisch in der Stadt beteiligen oder engagieren.

Wir möchten Projekte und Diskussionen in Frankfurt initiieren, die Hindernisse und Hürden bei der politischen Beteiligung von Frauen und Mädchen aufdecken, Lösungen anbieten und gute Beispiele verbreiten. Denn die Kämpfe für Frauen- und Mädchenrechte sind weder lange her noch ausgekämpft.

Mit unserer Kampagne machen wir auf immer noch ungelöste feministische Fragen aufmerksam und machen deutlich, wo und warum es auch heute noch Frauenpolitik und Feminismus braucht.

„Das Private ist politisch!“, dies deutlich zu machen war das zentrale Anliegen der Frauenbewegung. Dafür stehen Feminist*innen noch heute ein und bringen gesellschaftliche Veränderungen voran:

Bis vor rund 20 Jahren konnte eine Frau in Deutschland noch ungestraft in der Ehe vergewaltigt werden.

2016 endlich fand „Mein NEIN meint NEIN“ Einzug in das deutsche Sexualstrafrecht. Mit dem neuen Gesetz ist ein sexueller Übergriff schon dann strafbar, wenn er gegen den erkennbaren Willen einer Person ausgeführt wird. Das heißt: Das Opfer muss

sich nicht mehr wie bisher körperlich wehren, damit eine Vergewaltigung auch vor Gericht als solche gewertet wird.

Ein weiterer Meilenstein im politischen Kampf der Frauen um Gleichberechtigung wurde in Deutschland im Sommer 2017 mit der Verabschiedung des Gesetzes für mehr Lohngerechtigkeit im Bundestag erreicht. 90 Prozent aller Deutschen finden, dass Frauen für gleiche Arbeit das gleiche Geld bekommen sollen wie Männer. Nur rund ein Viertel weiß aber davon, dass dem nicht so ist und Frauen in Deutschland im Durchschnitt 21% weniger verdienen als Männer.

Ein weiterer Meilenstein im politischen Kampf der Frauen um Gleichberechtigung wurde in Deutschland im Sommer 2017 mit der Verabschiedung des Gesetzes für mehr Lohngerechtigkeit im Bundestag erreicht. 90 Prozent aller Deutschen finden, dass Frauen für gleiche Arbeit das gleiche Geld bekommen sollen wie Männer. Nur rund ein Viertel weiß aber davon, dass dem nicht so ist und Frauen in Deutschland im Durchschnitt 21 % weniger verdienen als Männer.

Auch die anstehenden Wahlen sind Anlass für den Schwerpunkt „Frauen.Macht.Politik.“ Ziel ist es, Mädchen und Frauen zu bestärken, aktiv Einfluss zu nehmen und Frankfurt mitzugestalten. Im April 2011 standen noch drei Frauen (Oberbürgermeisterin, Bürgermeisterin und Stadtverordnetenvorsteherin) an der Spitze Frankfurts.

Wir waren auf Platz 1 im bundesweiten Genderranking. Heute stehen drei Männer an der Spitze der Stadtregierung. Auch der Anteil weiblicher Stadtverordneter ist stark zurückgegangen, von 48 auf 38 Prozent. Ist uns das in Frankfurt nach 100 Jahren Frauenwahlrecht genug?

In Frankfurt gibt es eine engagierte Zivilgesellschaft und eine starke feministische Szene. Von hier aus werden Initiativen in Theater, Kunst, Kultur und Sozialen Bewegungen wie der Womens' March, der Internationale Mädchen*tag, Aktionen und Demonstrationen rund um den 8. März oder Kampagnen wie #aufschrei und #ausnahmslos mitorganisiert.

ausnahmslos wehrt sich gegen die Vereinnahmung feministischer Themen durch rechtspopulistische und rassistische Stimmen, die eine direkte Verbindung zwischen der Aufnahme von Geflüchteten und der Gefährdung von Frauenrechten in Deutschland herstellen. Gegen diese Vermischung von Rassismus und Pseudo-Feminismus kämpfen Feminist*innen heute deutschlandweit und eben auch in Frankfurt.

Frauen-/Mädchenrechte sind bis heute noch immer keine Selbstverständlichkeit. Gleichberechtigung im Sinne von gleichen Rechten unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung ist keine Selbstverständlichkeit, genauso wenig wie Demokratie eine Selbstverständlichkeit ist.

Das Frauenreferat Frankfurt lädt deshalb alle Frankfurter*innen ein, sich mit uns gemeinsam für ein gleichberechtigtes, eigenständiges und gewaltfreies Leben in Frankfurt einzusetzen.